



Stadtparlament

Rathaus, Marktgasse 58, CH-9500 Wil 2
E-Mail parlament@stadtwil.ch
Telefon 071 913 53 53, Telefax 071 913 53 54

Wil, 6. März 2008 mg

Beschlüsse Parlamentsitzung vom 6. März 2008

Teilzonenplan Hubstrasse zurückgewiesen

Heute Donnerstag, 6. März 2008, hat das Wiler Stadtparlament verschiedene Vorstösse sowie den Teilzonenplan Hubstrasse behandelt. Themen der Vorstösse waren etwa die Gewichtsbeschränkung auf der Glotenbrücke, Juwil 06 und die Früchte der jugendpolitischen Anstrengungen, Velofahrt durch die Obere Bahnhofstrasse und die Altstadt Wil sowie die Berichterstattung zum Postulat "Eine saubere Umwelt für uns alle". Der Teilzonenplan Hubstrasse wurde an den Stadtrat zurückgewiesen.

38 von 40 Mitgliedern des Stadtparlaments waren an der Sitzung anwesend.

1. Interpellation Norbert Hodel, FDP – Gewichtsbeschränkung auf der Glotenbrücke

Der Stadtrat teilt in seiner schriftlichen Antwort die Einschätzung des Interpellanten, dass eine Gewichtsbeschränkung eine verkehrsbeeinflussende Massnahme darstellt und betont, dass er sich weiterhin für eine Aufhebung der Gewichtsbeschränkung auf der Glotenbrücke einsetzen wird. An einer gemeinsamen Sitzung der betroffenen Gemeinden und dem Thurgauer Kantonsingenieur wurde festgehalten, dass die signalisierte Gewichtsbeschränkung auf 20 Tonnen nach Inbetriebnahme der neuen Brücke (zirka Herbst 2008) versuchsweise aufgehoben wird und gleichzeitig mittels Verkehrserhebungen vor und nach Inbetriebnahme der neuen Brücke die Auswirkungen auf das Verkehrsnetz untersucht und Erfahrungen gesammelt werden.

Weiters informiert der Stadtrat, dass die Zuständigkeit für eine Aufhebung der signalisierten Gewichtsbeschränkung für die Brücke Gloten beim Departement für Bau und Umwelt des Kantons Thurgau liegt. Gegen dessen Entscheid kann beim Verwaltungsgericht des Kantons Thurgau Beschwerde erhoben werden. Der Stadtrat ist überzeugt und die im bisherigen Verfahren erreichten Ergebnisse bestärken ihn in seiner Haltung, dass derzeit der Verhandlungsweg am besten geeignet ist, um den Interessen der Stadt Wil zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Interpellant zeigte sich mit der Beantwortung seines Vorstosses teilweise zufrieden. Er erachtet die Gewichtsbeschränkung auf 20 Tonnen für eine Brücke, welche mit einer Traglast von 40 Tonnen neu gebaut wird, als schikanös und unsinnig. Auch sei es kein geeignetes Druckmittel, um den Autobahnanschluss Wil-West oder die Regionalverbindungsstrasse zu forcieren. Er ersucht den Stadtrat, das Verkehrsproblem zusammen mit Vertretern der Regionsgemeinden gemeinsam anzugehen.

Eine Diskussion wurde nicht beantragt.



2. Interpellation Klaus Rüdiger, SVP – Juwil 06 und die Früchte der jugendpolitischen Anstrengungen

Der Interpellant bringt vor, dass das Departement Soziales, Jugend und Alter seit 2003 mit grossem finanziellen und personellen Aufwand das Projekt "juwil06" betreue und für die Umsetzungsphase des Projekts in Aussicht gestellt habe, dass in den Gemeinden für die "jugendpolitischen Anstrengungen sichtbar Früchte" tragen werde. Zudem habe das Parlament seit dem Zwischenbericht vom 11. Oktober 2006, der am 4. Januar 2007 durch das Parlament bewilligt wurde, keine weiteren Informationen über den Stand der Umsetzung des Projekts vom Departement Soziales, Jugend und Alter erhalten.

Der Stadtrat gibt in seiner ausführlichen Antwort Auskunft über die Erfassung der BesucherInnenzahlen des Jugendzentrums Obere Mühle sowie die entsprechende Entwicklung. Im Weiteren zeigt er die benötigten Stellenprozente für die Jugendarbeit und die Gesamt- und Durchschnittskosten des Jugendzentrums auf. Sodann weist der Stadtrat auf einige Ergebnisse der jugendpolitischen Anstrengungen hin, welche durch die Jugendarbeit umgesetzt wurden.

Der Interpellant zeigte sich mit der Beantwortung seines Vorstosses nicht in allen Teilen zufrieden, namentlich fehlen ihm mit Blick auf die Zentrumslasten die Anzahl der BesucherInnen aus den Regionsgemeinden. Weiters kritisierte er die fehlende Kostentransparenz und die stellenprozentmässige Ausdehnung der Jugendarbeit von 50 auf 70 Prozent im Rahmen der Zusammenlegung des Jugendzentrums und der Mobilien Jugend- und Sozialarbeit.

Eine Diskussion wurde nicht beantragt.

3. Interpellation Laura Berger, GRÜNE prowil – Velofahrt durch die Obere Bahnhofstrasse sowie die Altstadt Wil

Die Interpellantin stellt fest, dass die Wiler Altstadt und die Fussgängerzone Obere Bahnhofstrasse eine beliebte Begegnungs- und Verkehrszone für Jung und Alt ist. Zu den Anlieferzeiten sei dem motorisierten Verkehr (inkl. LKW) die Anlieferung gestattet, das Velofahren jedoch auf Grund eines generellen Fahrverbots für Velos, Rollbretter und Rollerblades nicht. Gemäss Interpellantin lasse sich das Fahrverbot während den Anlieferzeiten und nach Ladenschluss nicht oder nur schlecht durchsetzen. Die Öffnung der Fussgängerzone für den Veloverkehr wäre eine einfache, kostengünstige Massnahme.

Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Schaffung gemeinsamer Flächen für Rad- und Fussverkehr für Velofahrende zwar den Vorteil einer erhöhten Durchlässigkeit hat, aber Konfliktsituationen mit Zufussgehenden die Attraktivität dieser Routen schmälern. Zufussgehende haben wenig bis überhaupt keine Vorteile durch die Schaffung gemeinsamer Flächen. Die Frage der Öffnung für den Veloverkehr während den Anlieferungszeiten wurde bereits im Jahr 1997 vom Parlament deutlich verworfen. Die gemeinsame Führung von Fuss- und Veloverkehr wird in der Planungsliteratur seit Jahren kritisch beurteilt und nur empfohlen, wenn eine gegenseitige Gefährdung ausgeschlossen werden kann. Gemeinsame Flächen sollten möglichst kein Gefälle aufweisen, denn mit zunehmendem Gefälle nehmen Geschwindigkeit und damit auch Konfliktträchtigkeit des Veloverkehrs zu. Der Stadtrat spricht sich gegen die Öffnung der Oberen Bahnhofstrasse und der Altstadt für den Veloverkehr aus.



Die Interpellantin zeigte sich mit der Beantwortung ihres Vorstosses nicht zufrieden. Für sie ist nicht nachvollziehbar, warum der Klosterweg für Velofahrende und FussgängerInnen demnächst geöffnet wird, die Fussgängerzonen jedoch den Velofahrenden vorenthalten werden.

Wie erwartet wurde dieses Thema in der beantragten Diskussion kontrovers diskutiert. Während sich Vertretende der Fraktionen SP und GRÜNE für eine Öffnung aussprachen, votierten demgegenüber CVP-, FDP- und SVP-Vertreter für die Beibehaltung der jetzigen Situation. Die Befürworter erachteten das Velo als effizientes Verkehrsmittel, das es mit attraktiven innerstädtischen Verbindungen zu fördern gelte. Sie ersuchen den Stadtrat im Sinne eines Versuches, zumindest die Querung der Fussgängerzone Obere Bahnhofstrasse zuzulassen. Die Gegner einer Öffnung wiesen darauf hin, dass die Fussgängerzone für Zufussgehende bestimmt ist und für Velofahrende alternative Routen bestünden. Im Weiteren würden FussgängerInnen durch Velofahrende, die sich nicht an das Schrittempo halten, gefährdet.

4. Postulat Fabienne Meyenberger, CVP – Eine saubere Umwelt für uns alle / Berichterstattung

Am 6. September 2007 hat das Stadtparlament das Postulat auf Antrag des Stadtrats erheblich erklärt. Konkret wurde der Stadtrat gebeten, über seine Strategie zum Thema Littering auf öffentlichen Plätzen und Strassen sowie über die dafür vorgesehenen kurz-, mittel- und langfristigen Ziele und deren Massnahmen Bericht zu erstatten. Im Besonderen interessiert die PostulantIn, welche Massnahmen anderer Städte als anwendbar und erfolgversprechend angesehen werden und wie Abfallwegwerfende zur Rechenschaft gezogen werden können.

Der Stadtrat teilt in seiner Berichterstattung mit, dass die Stadt Wil als Regionalzentrum mit einem Einzugsgebiet von rund 110'000 Menschen die gleichen Phänomene wie andere Städte kenne und sich daher seit längerer Zeit intensiv mit diesem Thema und dessen Problematik auseinandersetze. In der Berichterstattung zeigt der Stadtrat die verschiedenen Massnahmen auf, mit welchen in den letzten Jahren versucht wurde, dem Littering im öffentlichen Raum entgegenzuwirken. In erster Linie wurde dabei eine Verbesserung der Sauberkeit angestrebt, in letzter Zeit wurde aber auch zunehmend auf Prävention gesetzt.

Ruth Frick unterstützt namens der CVP-Fraktion den vom Stadtrat vorgeschlagenen Massnahmenkatalog zur Bekämpfung des Littering-Problems. Dieser sieht schwerpunktmässig eine Verbesserung bei der Infrastruktur (Zusatzreinigungen in der Kernzone), einen Ausbau der Prävention (Abfallunterricht) und Litteringbussen als repressive Massnahme vor. Sollten diese Massnahmen nicht den gewünschten Erfolg bringen, so behält sich die CVP-Fraktion vor, mit einer Motion diesem Thema Nachdruck zu verschaffen. Namens der SP-Fraktion anerkennt Katja Hegelbach die Bemühungen des Stadtrats und fordert ihn auf, im Gespräch mit den lokalen Verkaufsstellen von Konsumgütern auf den Abschluss eines Verhaltenskodexes hinzuwirken.

Das Parlament nahm den Bericht des Stadtrats grossmehrheitlich zur Kenntnis und schrieb das Postulat "Eine saubere Umwelt für uns alle" als erledigt ab.



5. Teilzonenplan Hubstrasse

Im März 2005 beantragte die Schweizerische Post die Umzonung des Grundstücks Nr. 603 an der Hubstrasse 18 von der Zone für Öffentliche Bauten und Anlagen in die Kernzone. Das Gesuch wurde dahingehend begründet, dass durch die Reorganisation von PostMail im Postgebäude Wil SG 1 ab August 2005 ein Leerstand von 500 m² entstehe. Für eine interne Nutzung sei kein Bedürfnis vorhanden, so dass eine Vermietung an Dritte vorgesehen sei. Da sich das Postgebäude Wil in der öffentlichen Zone befinde, sei für die Vermietung eine Umzonung der Parzelle notwendig.

Aus ortsplanerischer Sicht und im Hinblick auf die künftigen Nutzungsmöglichkeiten ist der Stadtrat überzeugt, dass eine massvolle Ausdehnung der bisherigen Kernzone über die Bahnlinie gegen Süden richtig ist. Zusammenfassend erachtet er deshalb die Voraussetzungen für eine Umzonung der Grundstücke Nr. 330, 331, 332, 333 und 603 in die Kernzone als gegeben.

Die vorberatende Bau- und Verkehrskommission beantragt dem Parlament, das Geschäft an den Stadtrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, die Umzonungsvorlage dem Stadtparlament erst zu unterbreiten, wenn das Stadtentwicklungskonzept vom Stadtparlament genehmigt wurde. Die BVK erachtet den Platz vor dem Postgebäude als wichtigen öffentlichen Raum und möchte das entsprechende Land aus städtebaulicher Sicht gestalterisch aufwerten. Da die Verhandlungen mit der Post nicht zu einer verbindlichen Lösung führte, soll mit einer Umzonung zugewartet werden. Damit behält die Stadt alle Optionen offen.

Das Parlament folgte dem Antrag der BVK und wies das Geschäft grossmehrheitlich an den Stadtrat zurück.

Parlamentarische Vorstösse

An der Sitzung wurden die folgenden parlamentarischen Vorstösse eingereicht:

- Interpellation Jakob Mettler, SVP – "Tempo-30-Zonen in Wohnquartieren der Stadt Wil"
- Interpellation Jakob Mettler, SVP – "Vollkostenrechnung Oberstufe"
- Motion Bruno Mäder, SP – "Bahnhofplatz Süd: Das Tor zum Südquartier?"

Schluss der Sitzung: 18.45 Uhr